

Argumente und Positionen

Bargeldversorgung sichern – faire und wettbewerbsneutrale Rahmenbedingungen schaffen

Die Bargeldversorgung befindet sich in einem tiefgreifenden strukturellen Wandel. Während digitale Zahlverfahren, Wallet-Lösungen und regulatorische Initiativen wie der digitale Euro die Digitalisierung des Zahlungsverkehrs vorantreiben, bekämpft die Politik gleichzeitig zum Erhalt einer leistungsfähigen Bargeldversorgung. Sparkassen und Genossenschaftsbanken stellen gemeinsam den überwiegenden Teil der Bargeldinfrastruktur in Deutschland bereit.

Die Sparkassen-Finanzgruppe betreibt rund **20.000 Cash-Geräte** und entwickelt ihre Bargeldinfrastruktur seit Jahrzehnten nachfragegerecht weiter. Dazu gehören Standortoptimierungen, innovative und barrierefreie Funktionen sowie Verbund- und Kooperationsmodelle innerhalb der Sparkassen-Finanzgruppe und mit anderen Instituten. Allein im Jahr 2025 wurden an Sparkassen-Geldautomaten **rund 770 Millionen Bargeldauszahlungen mit einem Gesamtvolumen von rund 184 Milliarden Euro** vorgenommen. Dies entspricht durchschnittlich mehr als zwei Millionen Bargeldauszahlungen und einem Auszahlungsvolumen von über 500 Millionen Euro – an jedem einzelnen Tag. Das zeigt: Bargeld bleibt für viele Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen ein wichtiger Bestandteil des Zahlungsverkehrs.

Gleichzeitig stehen die bestehenden Infrastrukturen unter Druck: sinkende Bargeldnutzung, rückläufige Transaktionszahlen, steigende Betriebs-, Logistik-, Versicherungs- und Sicherheitskosten sowie zusätzliche regulatorische Anforderungen belasten die Wirtschaftlichkeit zunehmend. Die Bargeldversorgung erfordert einen erheblichen personellen, technischen und logistischen Aufwand – von der Bargeldlogistik über Wartung und Befüllung der Geldautomaten bis hin zu umfangreichen Sicherheitsmaßnahmen. Zusätzliche regulatorische Anforderungen verschärfen diese Entwicklung weiter.

Zentrale Herausforderungen an die Bargeldversorgung:

- **Politische Zielkonflikte:** Die Politik fördert digitale Zahlungsformen und verfolgt mit dem digitalen Euro die Einführung eines zusätzlichen digitalen Zahlungsmittels, während mit der Bargeldverordnung gleichzeitig der Zugang zu Bargeld regulatorisch abgesichert werden soll.

- **Trittbrettfahrertum:** Durch die von internationalen Kartensystemen vorgegebenen Scheme-Regeln können Direkt- und Neobanken von bestehenden Netzen profitieren, ohne selbst in vergleichbarem Umfang zur Vorhaltung dieser Infrastruktur beizutragen.

- **Cherry-picking:** Andere Geldautomatenbetreiber konzentrieren sich auf wirtschaftlich attraktive Standorte und leisten keinen Beitrag zu einer flächendeckenden Bargeldversorgung.

- **Kumulative regulatorische Belastungen:** Institute, die bereits heute eine umfangreiche Bargeldinfrastruktur betreiben, müssen gleichzeitig erhebliche Investitionen in digitale Zahlungsverkehrsinfrastrukturen leisten. Mit dem digitalen Euro sowie weiteren europäischen Zahlungsverkehrsvorhaben entstehen zusätzliche Anforderungen an technische Infrastruktur, Kundenprozesse, Resilienz und Betriebssicherheit. So könnten beispielsweise Anforderungen des digitalen Euros künftig Anpassungen oder technische Nachrüstungen an der bestehenden Geldautomateninfrastruktur erforderlich machen. Wer Bargeldzugang, digitale Souveränität und Resilienz gleichermaßen stärken will, muss diese kumulativen Belastungen berücksichtigen und für eine faire sowie wettbewerbsneutrale Lastenverteilung sorgen.

Mit zunehmender Digitalisierung des Zahlungsverkehrs werden diese Entwicklungen weiter an Bedeutung gewinnen. **Eine einseitige Belastung der bestehenden Infrastrukturbetreiber würde die wirtschaftliche Tragfähigkeit der Bargeldversorgung schwächen und mittel- bis langfristig gerade jene Infrastruktur gefährden, deren Erhalt politisch gewünscht ist.**

EU-Ebene	Bundesebene	Länderebene
Bargeldzugang sichern	Kosten fair verteilen	Versorgung in der Fläche erhalten
 Vermeidung regulatorischer Doppelbelastungen (Bargeld-VO + digitaler Euro) Wettbewerbsneutralität und Resilienz des europäischen Zahlungssystems stärken	 Faire Beteiligung aller Marktteilnehmer an der Bargeldversorgung	 Regionale Besonderheiten berücksichtigen Flexible und bedarfsgerechte Lösungen ermöglichen

Die Sicherstellung einer leistungsfähigen Bargeldversorgung ist eine gemeinsame Aufgabe von Europa, Bund und Ländern in Kooperation mit der Kreditwirtschaft.
Die jeweiligen Herausforderungen und Handlungsoptionen unterscheiden sich dabei je nach politischer Ebene.

Unsere Position

Die Sicherstellung der Bargeldversorgung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Bargeld bleibt auch künftig ein wichtiger Bestandteil eines resilienten und inklusiven Zahlungssystems. Vor diesem Hintergrund sollte die Bargeldversorgung als kritische Infrastruktur anerkannt und bei regulatorischen Entscheidungen entsprechend berücksichtigt werden.

Gleichzeitig bedarf es einer fairen Verantwortungsverteilung. Die Finanzierung und Vorhaltung der Bargeldinfrastruktur darf nicht dauerhaft allein bei denjenigen Instituten liegen, die heute den Großteil der Versorgung sicherstellen. Vielmehr sollten alle Marktteilnehmer, die Zahlungskonten anbieten oder vom bestehenden Bargeldnetz profitieren, einen angemessenen Beitrag zur Sicherung der Infrastruktur leisten. Darüber hinaus sollten regulatorische Rahmenbedingungen so ausgestaltet werden, dass sie bestehende Wettbewerbsverzerrungen nicht weiter verstärken. Trittbrettfahrertum und Cherry-picking dürfen nicht zulasten derjenigen Marktteilnehmer gehen, die bereits heute Verantwortung für eine flächendeckende Bargeldversorgung übernehmen.

Schließlich muss die wirtschaftliche Tragfähigkeit der Bargeldversorgung langfristig gewährleistet bleiben. Zusätzliche regulatorische Anforderungen dürfen bestehende Infrastrukturbetreiber nicht einseitig belasten. Vielmehr braucht es Rahmenbedingungen, die Investitionen in die Bargeldversorgung ermöglichen und deren nachhaltige Finanzierung sicherstellen.

Die Sparkassen-Finanzgruppe wird ihrer gesellschaftlichen Verantwortung auch künftig gerecht werden und sich weiterhin dafür einsetzen, ihren Kundinnen und Kunden einen einfachen, flächendeckenden und verlässlichen Zugang zu Bargeld zu ermöglichen.

Kernforderungen auf einen Blick

- Bargeldversorgung als resilienzrelevante Infrastruktur anerkennen
- Faire Verantwortungsverteilung zwischen allen Marktteilnehmern schaffen
- Trittbrettfahrertum und Cherry-picking vermeiden
- Wirtschaftliche Tragfähigkeit der Bargeldversorgung sichern

Kontakt im DSGVO:

Stabsstelle Politik und Regierungsbeziehungen

Telefon: +49 30 20225-5233
politik@dsgv.de

 dsgv.de  @DSGV